

Exportschlager Hunger

Die europäische Agrarpolitik und ihre Opfer

von Armin Paasch

Derzeit sind nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO 925 Millionen Menschen chronisch unterernährt. Verantwortlich dafür sind in vielen Fällen vor allem die Regierungen von Entwicklungsländern selber. Durch ihre gegenwärtige Agrar- und Handelspolitik trägt aber auch die EU zu Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung bei: Insbesondere über bilaterale Handelsabkommen drängt sie aktuell viele Länder des Südens zur Öffnung ihrer Märkte. Durch direkt oder indirekt subventionierte Agrarexporte überschwemmt sie zugleich die lokalen Märkte in diesen Ländern. Zahlreichen heimischen Bauern wurde dadurch in den vergangenen Jahren ganz oder teilweise der Zugang zu Märkten und angemessenen Erzeugerpreisen deutlich erschwert. Der folgende Beitrag zeigt auf, dass das Recht auf angemessene Ernährung durch die EU-Agrarpolitik klar gefährdet oder verletzt wird – und zeigt Wege auf, wie dieser Missstand beendet werden könnte.

Wohin steuert die Agrarpolitik der EU? Um dieses Reizthema wird es in den nächsten Monaten hitzige Debatten geben, nachdem Agrarkommissar Dacian Cioloș seinen Vorschlag zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Zeit nach 2013 vorgelegt hat. Parallel steht die Aufstellung des Haushaltsrahmens für 2014 bis 2020 auf der Tagesordnung. Hoch hergehen wird es nicht nur zwischen den Agrarministern der Mitgliedsstaaten, sondern auch im Europäischen Parlament, an dem seit dem Lissabonvertrag kein Weg mehr vorbeiführt. Was sich aus deutscher Sicht ändern soll, hat die Bundesregierung in einem Positionspapier vom 31. März 2010 deutlich gemacht: am besten nichts. „Das europäische Landwirtschaftsmodell hat sich bewährt“, so der Tenor.

Nimmt man die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft zum Maßstab, so stimmt diese Bewertung. „Die Exporte sind im Aufwind“, frohlockte die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) im Juni 2010 anlässlich ihres diesjährigen Außenwirtschaftstags in Berlin. Innerhalb von zehn Jahren sei die Exportquote der deutschen Landwirtschaft von 17 auf 26,4 Prozent gestiegen. Wichtigste Exportschlager sind demnach Fleisch und Fleischwaren, Milchprodukte sowie Süßwaren (1). Mit einem Schweinefleischexport in Höhe von 2,19 Millionen Tonnen (40 Prozent der gesamten Produktion) erreichte die Branche laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2008 einen vorläufigen Rekordwert. Damit ist Deutschland in

Sachen Schweineexporte Vize-Weltmeister, gleich hinter den USA (2).

Nur: Im selben Jahr, in dem die Schweinefleischexporteure ihren größten Erfolg feierten, mussten 14.000 deutsche Schweinehalter ihre Ställe dichtmachen, jeder Sechste (3)! Die Anzahl der in Deutschland gehaltenen Schweine ging zugleich nur um 1,1 Prozent zurück. Das macht deutlich: Die Fixierung auf den Export erzeugt einen rasenden „Strukturwandel“, bei dem kleine Produzenten auf der Strecke bleiben.

Bauernopfer fordert der Schweineexportboom aber auch außerhalb von Europa. So berichtet der Evangelische Entwicklungsdienst (EED), dass die Elfenbeinküste in den letzten zehn Jahren mehrfach durch massive Importfluten von Schweinefleischresten aus der EU heimgesucht wurde. So stieg die jährlich aus der EU importierte Menge von 2000 bis 2006 von 5.000 auf 35.000 Tonnen. Die lokale Produktion brach im Zeitraum zwischen 2000 und 2009 von etwa 18.000 auf 5.000 Tonnen ein (4).

Die Schweinefleischproduktion ist symptomatisch für die Widersprüche der exportorientierten EU-Agrarpolitik: Zwar mögen Ernährungsindustrie und Exporteure profitieren, das Gros der Bauern steht auf der Verliererseite – und das nicht nur in den Ländern des globalen Südens, sondern auch in Europa. Es wird deutlich: Die Agrarreformen von 1992, 2000, 2003 und 2008 sind nur Stückwerk geblieben. Ein „Weiter so“ würde die Überwindung der Hungerkrise erschweren und zugleich der

bäuerlichen Landwirtschaft in Europa mittelfristig den Garaus machen.

Fit für den Weltmarkt ...

Der Grund dafür liegt nicht zuletzt in der Stoßrichtung dieser Reformen selbst. Der internationale Rahmen dafür wurde vor allem durch das Agrarabkommen der Welthandelsorganisation (WTO) von 1995 abgesteckt. Dieses Abkommen verlangte von den Industrieländern, bis zum Jahr 2000 ihre bei der WTO festgelegten Obergrenzen für Außenzölle und Exportsubventionen jeweils um 36 Prozent zu senken. Diejenigen internen Agrarstützungen, die bei der WTO als handelsverzerrend eingestuft wurden, mussten um 20 Prozent gesenkt werden. Dazu gehörten insbesondere Subventionen, die an ein bestimmtes Produkt und/oder die Produktionsmenge gekoppelt waren, sowie die garantierten Mindestpreise, welche die EU Schlachthöfen, Molkereien oder Zuckerraffinerien für die weiterverarbeiteten Produkte gewährte.

Diese Hausaufgaben hat die EU inzwischen gemacht. Das eigentliche Problem blieb jedoch ungelöst: Das Dumping, also der Export zu Preisen unterhalb der Erzeugungskosten, geht weiter. Einerseits reduzierte die EU zwar ihre Exportsubventionen zwischen 1993 und 2009 von 10,2 Milliarden auf 649 Millionen Euro und entkoppelte die internen Subventionen von der Produktion (5). Andererseits trieb sie die Erzeugerpreise für europäische Bauern jedoch systematisch in den Keller, um der Agrarindustrie den Zugang zu billigen Rohstoffen und mithin den Export zu international wettbewerbsfähigen Preisen zu ermöglichen. Dies erreichte sie durch ein Absenken der Mindestpreise, eine moderate Marktöffnung und Anreize zur Produktionssteigerung, wie etwa die Anhebung der Milchquote, also der staatlich festgelegten Produktionsobergrenze.

Das Resultat: Lagen die Erzeugerpreise in der EU zwischen 1986 und 1988 noch 71 Prozent über den Weltmarktpreisen, so ist der Abstand inzwischen (2007–2009) auf neun Prozent geschrumpft (6). Für die europäische Agrarindustrie sind diese günstigen Rohstoffpreise ein Segen. Mit einem Weltmarktanteil von 17 Prozent ist die EU seit 2003 in der Landwirtschaft Exportweltmeister (7).

... dank Dumping mit Steuergeldern

Abgesichert wird diese Stellung nach wie vor durch Steuergelder. Denn der Agrarhaushalt der EU insgesamt ist keineswegs geschrumpft; er umfasste 2009 über 54 Milliarden Euro. Nach wie vor pumpt die EU hohe Summen in landwirtschaftliche Exporte; so griff sie für Milchprodukte den Exporteuren mit 181 Millionen Euro unter die

Arme. Den Exporteuren von Schweine- und Geflügelfleisch leistete sie Schützenhilfe in Höhe von 59,9 bzw. 91,6 Millionen Euro (8). Es handelt sich also um genau jene Exportbranchen, die in den letzten Jahren die größten Erfolge verbuchten.

Nach der Umstrukturierung der Subventionen sind die Exporterstattungen aber längst nicht mehr das Hauptproblem. Mit über 39 Milliarden Euro wird der Löwenanteil der EU-Agrarsubventionen inzwischen den Bauern direkt ausgezahlt, wobei 32 Milliarden von der Produktion vollständig entkoppelt und stattdessen an die Betriebsgröße gebunden sind. Ein Dumpingeffekt aber bleibt erhalten: Denn die Subventionen kompensieren zumindest teilweise die extrem niedrigen Erzeugerpreise der Bauern. Von diesen Niedrigpreisen könnten die meisten Betriebe nicht einmal ihre Kosten decken, geschweige denn Gewinne erzielen. Oder anders ausgedrückt: Es sind die Direktzahlungen, welche eine solche Abwärtsspirale der Preise erst ermöglichen. Der Effekt bleibt somit ein ähnlicher wie bei den Exportsubventionen: Europäische Agrarprodukte verlassen die EU zu Preisen weit unterhalb ihrer Erzeugungskosten. Wissenschaftlich ist dieser Persilschein für die so genannte Grüne Box der WTO nicht haltbar. Es ist allein der Verhandlungsmacht der EU und der USA geschuldet, dass diese entkoppelten Direktzahlungen bei der WTO als „nicht handelsverzerrend“ eingestuft und von jeglicher Reduktionsverpflichtung ausgenommen wurden.

Ähnliches gilt selbst für einen erheblichen Teil der Zahlungen, mit denen die EU und ihre Mitgliedsstaaten offiziell die ländliche Entwicklung in Europa unterstützen. Für diese so genannte Zweite Säule der Agrarpolitik sind zwischen 2007 und 2013 EU-weit jährlich rund 21 Milliarden Euro veranschlagt, wovon etwa 40 Prozent als Ko-Finanzierung aus den nationalen Haushalten der Mitgliedsstaaten stammen. Die Zweite Säule muss oft als grünes Aushängeschild der EU-Agrarpolitik erhalten. Doch nur 46 Prozent dieser Gelder sind für Programme zur „Verbesserung der Umwelt und des ländlichen Raums“ eingeplant. Ein weiteres Drittel dient stattdessen der „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft“ (9). Darin enthalten ist beispielsweise eine 40-prozentige Kostenübernahme für Stallneubauten: eine Unterstützung, welche die Produktionskapazitäten europäischer Betriebe steigert und von der Konkurrenten in Entwicklungsländern nur träumen können. Des Einen Wettbewerbsvorteil gerät dem Anderen zum Nachteil.

Milchseen in Übersee

Die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie betont, dass 83 Prozent der deutschen Auslandsumsätze auf den europäischen Binnenmarkt entfallen. Der häufig suggerierte Umkehrschluss, dass Entwicklungslän-

der nur marginal von europäischen Exporten betroffen seien, lässt sich daraus jedoch nicht ableiten. Denn mitunter landet ein erheblicher Anteil der Exporte, welche die EU verlassen, durchaus in Entwicklungsländern. 2007 etwa hatten laut Oxfam 68 Prozent der EU-Exporte von Milchprodukten Entwicklungsländer zum Ziel (10). Wegen der ungleichen Verhältnisse zwischen der EU und den Entwicklungsländern können dort überdies auch geringe Exportanteile der EU zu erheblichen Marktverzerrungen führen.

Beunruhigend ist auch, dass gerade in den letzten Jahren für einige Produkte extreme Exportsteigerungen der EU in Richtung Entwicklungsländer zu beobachten sind, wie am Beispiel der Schweinefleischexporte nach Westafrika bereits oben erwähnt. Nach Berechnungen von Oxfam sind zwischen 2005 und 2008 auch die Milchexporte nach Westafrika um 48 Prozent gestiegen. Die Milchexporte in die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries – LDC) insgesamt stiegen um 45 Prozent (11). Und als die EU 2009 die Exportsubventionen für Milchprodukte (vorübergehend) wieder einführte, wurden entgegen den ursprünglichen Beteuerungen der deutschen Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner auch die LDC davon nicht verschont.

Zu welchen Verwerfungen das führen kann, hatte 2005 bereits eine Studie des katholischen Hilfswerks Misereor am Beispiel Burkina Faso aufgezeigt (12). Damals wurde Milchpulver aus der EU in dem westafrikanischen Land zu umgerechnet 30 Cent pro Liter feilgeboten. Dieser Preis lag nicht nur 18 Cent unterhalb der durchschnittlichen Produktionskosten einer deutschen Molkerei. Auch die lokalen Erzeugungskosten der Peul-Nomaden in Burkina Faso wurden um sieben bis zehn Cent unterboten. Der logische Effekt war, dass burkinische Molkereien etwa zur Herstellung von Yoghurt fast ausschließlich auf das subventionierte Milchpulver aus der EU zurückgriffen und die lokalen Erzeugnisse nie den Weg in die Regale der Supermärkte schafften. Die heimischen Viehzüchter, deren Entwicklung dadurch blockiert wurde, machen in Burkina Faso etwa zehn Prozent der Bevölkerung aus und sind seit jeher von Armut und Hunger überdurchschnittlich betroffen.

Ähnliche Schädigungen der heimischen Milchwirtschaft haben Brot für die Welt und der EED im vergangenen Jahr in Kamerun sowie Oxfam in Bangladesch nachgewiesen. Zunächst hatte Ministerin Aigner die Exportsubventionen nach Bangladesch noch mit der Aussage verteidigt, dort gebe es keine Milchbauern. Kurze Zeit später berichteten Nachrichtenagenturen über öffentliche Proteste ebendieser Bauern. Aus Verzweiflung über hohe Importe und niedrige Erzeugerpreise leerten sie – ähnlich wie ihre europäischen Kollegen – ihre Milchkannen auf die Straße aus. Tatsächlich waren die Erzeugerpreise aufgrund der Billigimporte aus Indien, aber auch aus der EU seit Januar 2009 deutlich gesunken. Genau seit jenem Mo-

nat, als Exporterstattungen wieder eingeführt wurden. Sieben Millionen Menschen, deren Lebensgrundlage an kleinen Milchviehbetrieben hängt, mussten laut Oxfam-Schätzungen Einkommenseinbußen von sieben bis 16 Prozent hinnehmen. Bangladesch war 2009 der fünftgrößte Importeur von subventioniertem Magermilchpulver aus der EU (13). Auch andere Fallstudien zu Tomatenpaste in Ghana sowie Geflügel in Kamerun, Ghana und Benin zeigen, wie Exporte aus der EU die lokalen Märkte überfluten und mitunter das Menschenrecht auf Nahrung dortiger Kleinbauern bedrohen und verletzen. Direkte Exportsubventionen spielten dabei meist nur eine Nebenrolle, indirekte aber sehr wohl.

Als äußerst problematisch erwies sich zudem, dass die Zielländer seit den 1980er-Jahren vor allem durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) gedrängt wurden und werden, ihre Märkte für Importe weit zu öffnen. Ebenso verheerend dürften sich in Zukunft die bilateralen Freihandelsabkommen auswirken, welche die EU mit zahlreichen Staaten in Afrika, Lateinamerika und Asien bereits vereinbart hat oder gerade aushandelt. Unter Berufung auf WTO-Rahmenbestimmungen für solche Abkommen verlangt die EU von diesen Ländern, innerhalb weniger Jahre 80 bis 90 Prozent aller Zölle gegenüber europäischen Importen vollständig abzuschaffen. In Kolumbien fürchten Viehzüchter nach dem Abschluss des Freihandelsabkommens bereits die Billigimporte aus der EU. Auch in den Verhandlungen mit Indien gehört im Agrarbereich die Öffnung des Milchsektors zu den Prioritäten der EU-Kommission. In diesem Sektor sind derzeit in Indien 90 Millionen Menschen beschäftigt. Verhandlungen über die Reduzierung oder Umgestaltung der Agrarsubventionen lehnt die EU im Rahmen der bilateralen Freihandelsabkommen grundsätzlich ab.

„Wir ernähren die Welt“ – ein Alibi

In der aktuellen Debatte um die EU-Agrarreform rechtfertigen bisherige Nutznießer der GAP ihren Ruf nach Kontinuität oft ausgerechnet mit dem Verweis auf die Hungerkrise. Als Grundlage dient ihnen eine in der Höhe sehr umstrittene Schätzung der Welternährungsorganisation (FAO), zur Sicherung der Welternährung müsse bis 2050 die weltweite Nahrungsproduktion um 70 Prozent gesteigert werden (14). Manche Bauernverbände und Agrarpolitiker wittern vor diesem Hintergrund eine Chance, die allseits verfemte Dumpingpraxis der EU als einen notwendigen Beitrag zur Ernährungssicherung umzudeklarieren.

Stichhaltig ist diese Argumentation jedoch nicht. Hat doch gerade die aktuelle Hungerkrise gezeigt, dass besonders jene Länder am härtesten getroffen wurden, die ihre Ernährung über billige Importe zu sichern suchten. Als

die Weltmarktpreise explodierten, konnten sie sich diese Importe nicht mehr leisten und die Nahrungsmittel wurden dort für ärmere Konsumenten unerschwinglich. Glaubt man den Voraussagen der FAO und der OECD, so wird dieses Problem im nächsten Jahrzehnt noch zunehmen. Sowohl nominal als auch real werden die Durchschnittspreise für Agrarerzeugnisse demnach in zehn Jahren über dem Niveau von 2007/2008 liegen (15). Auf kontinuierlich günstige Importe werden sich die ärmsten Entwicklungsländer in Zukunft also nicht mehr verlassen können. Geboten ist stattdessen nach Meinung fast aller Experten, einschließlich der FAO, vor allem ein Wiederaufbau heimischer Nahrungsmittelproduktion. Steigende und direkt oder indirekt subventionierte EU-Exporte würden dieses Ziel konterkarieren.

Kontraproduktiv wäre eine weitere Produktions- und Exportsteigerung in der EU noch aus einem weiteren Grund. Die FAO-Forderung nach einer 70-prozentigen Produktionssteigerung wird nicht nur durch den steigenden Bedarf nach Nahrungsmitteln begründet. Deutlich stärker schlägt die steigende Verwendung von Getreide und Ölsaaten als Rohstoffe für Futtermittel und Agrartreibstoffe zu Buche. Bereits heute ist die EU für Eiweißfuttermittel zu 80 Prozent auf Importe angewiesen, hauptsächlich von Soja aus Argentinien und Brasilien. Die Erzeugung dieser Futtermittel beansprucht im Ausland etwa 20 Millionen Hektar Agrarland, was mehr als einem Zehntel der europäischen Agrarfläche entspricht (16). Weltweit wird laut Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) inzwischen mehr als die Hälfte der Weltproduktion pflanzlicher Produkte an Tiere verfüttert (17).

Einen Beitrag zur Welternährung könnte die EU leisten, indem sie die Beimischungsquote für Agrartreibstoffe wieder senken und sich von der Massentierhaltung verabschieden würde. Letzteres wäre auch zur Eindämmung des Klimawandels dringend geboten. Laut BUND ist die Landwirtschaft in Deutschland für 13 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich, wovon über 70 Prozent direkt oder indirekt auf die Produktion tierischer Produkte zurückgehen (18). Der Klimawandel wiederum stellt für die größtenteils regenbewässerte kleinbäuerliche Landwirtschaft in vielen Ländern Afrikas, aber auch Lateinamerikas und Asiens derzeit die größte Bedrohung dar.

EU opfert ihre Kleinbetriebe

Für den interessierten Beobachter ist es kaum nachvollziehbar, dass europäische Milchbauern in Berlin und Brüssel auf die Barrikaden gehen, um gegen die derzeitige Agrarpolitik zu protestieren. Klagen auf höchstem Niveau, könnte man annehmen. Wie ist es möglich, dass ein EU-Agrarhaushalt von 54 Milliarden Euro nicht ausreicht, um das Überleben europäischer Bauern zu sichern?

Die Antwort ist einfach: Das System der aktuellen GAP ist keineswegs auf den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft ausgerichtet, sondern auf die Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Agrarwirtschaft. Niedrige Erzeugerpreise sind innerhalb dieser Exportstrategie ein wesentliches Element, von dem etwa das BMELV erklärtermaßen nicht abrücken will. Dass die Mehrzahl der Landwirte diesen Strukturwandel nicht überleben wird, wird in Berlin offenbar billigend in Kauf genommen.

Die Zahlen sprechen für sich: Seit 1992, dem Beginn der Reformen, hat in der alten EU der 15 die Hälfte aller Betriebe aufgegeben (19). Der eingangs erwähnte Rückgang der deutschen Schweinehalter um ein Sechstel in nur einem Jahr deutet eine Beschleunigung dieses Trends an. Eine neue Studie der Universität Wageningen prophezeit auch den Milchbauern eine düstere Zukunft. Die Erzeugerpreise für Milch werden demnach auch in den nächsten zehn Jahren durchschnittlich unter 28 Cent verbleiben, wogegen der durchschnittliche Vollkostenpreis in der EU 34 Cent beträgt. Nur 30 Prozent der niederländischen Betriebe, diejenigen mit dem höchsten Rationalisierungsgrad und besonders niedrigen Produktionskosten, werden unter diesen Umständen in Zukunft schwarze Zahlen schreiben können. In Deutschland, wo drei Viertel der Betriebe weniger als 50 Kühe halten, wird die Zahl der Pleiten mit Sicherheit deutlich höher ausfallen. Ohnehin betragen in Deutschland die Einkommen in der Landwirtschaft nur die Hälfte von denen in anderen Wirtschaftszweigen.

Die Agrarsubventionen werden diese Bauernopfer in der EU nicht verhindern, weil sie die Einbußen durch die Niedrigpreise besonders für Kleinbetriebe nicht aufwiegen können. Das liegt auch an der ungerechten, lediglich an die Betriebsfläche gebundenen Verteilung der entkoppelten Direktzahlungen. Während die 5.600 größten Betriebe (1,5 Prozent der Betriebe) in Deutschland fast 30 Prozent dieser Subventionen auf sich vereinen, werden die 190.000 kleinsten Betriebe (50 Prozent der Betriebe) mit insgesamt 5,4 Prozent abgespeist. Zu den größten Absahmern von Agrarsubventionen gehörten 2008 in Deutschland die Südzucker AG mit 34,4 Millionen Euro, Tönnies-Fleisch mit 2,7 Millionen und Nordmilch mit 1,8 Millionen Euro. Sie alle gehören gleichzeitig zu den wichtigsten Exporteuren (20).

Und das alles zum Wohle europäischer Verbraucher? Von den Erfolgen der Exportwirtschaft haben diese herzlich wenig. Und auch das Dumping bei den Erzeugerpreisen innerhalb der EU kommt der Allgemeinheit nur in geringem Maße zugute. Während etwa die Erzeugerpreise für Milch seit 2000 um 17 Prozent fielen, stiegen laut Europäischem Rechnungshof die entsprechenden Verbraucherpreise um sechs Prozent (21). Gewachsen ist vor allem die Gewinnmarge der Supermarktketten, die

Folgerungen & Forderungen

- Die Agrar- und Handelspolitik der EU verletzt das Menschenrecht auf Nahrung.
- Ein Grund dafür sind nach wie vor Exportsubventionen. Der Hauptgrund für die Billigexporte ist jedoch inzwischen der extreme Verfall der Erzeugerpreise in der EU. Die Agrarindustrie erhält dadurch Zugang zu günstigen Rohstoffen und kann trotz sinkender Exporterstattungen ihre Ausfuhren zu Dumpingpreisen ausweiten.
- Gefordert ist daher ein Abrücken der EU-Agrar- und Handelspolitik von ihrer einseitigen Orientierung an Wachstum und Exporten.
- Dies erfordert ein sofortiges und bedingungsloses Ende der Exportsubventionen, die Abschaffung von Investitionsbeihilfen, die nicht der ökologischen Erneuerung dienen, sowie eine klare Kopplung aller Subventionen an striktere Umweltstandards und an den Erhalt von Arbeitsplätzen.
- Damit Bauern für ihre Produkte künftig wieder faire Preise erhalten, sollen Konzentrationsprozesse im Einzelhandel und bei der Agrarindustrie eingedämmt sowie für Milch eine flexible und binnenmarktorientierte Steuerung der Produktionsmenge eingeführt werden.

im Zuge der atemberaubenden Konzentration eine oligopolistische Marktposition errungen haben.

Agrarpolitik geht alle an

Dass alles trotzdem so weitergehen soll wie bisher, scheint nach wie vor die Haltung der großen Interessenvertreter und auch der Bundesregierung zu sein. Viele Hoffnungen kritischer Agrarverbände ruhen deshalb auf dem neuen EU-Agrarkommissar, dem Rumänen Dacian Cioloș, der sich für die Belange einer kleinbäuerlichen und umweltfreundlichen Landwirtschaft in der Vergangenheit stets offen gezeigt hatte. Dieser hat in den vergangenen Monaten eine breite Konsultation der europäischen Zivilgesellschaft durchgeführt, die über die Bauernverbände hinaus auch Verbände von Verbrauchern, Steuerzahlern, Umweltschützern sowie Entwicklungsorganisationen einschloss. Agrarpolitik geht alle an, lautet die deutliche und wichtige Botschaft des Kommissars.

Inwieweit Cioloș die Forderungen der kritischen Agrarverbände nach einem Ende der Exportsubventionen und der klaren Kopplung aller Subventionen an strikte Umweltstandards und den Erhalt von Arbeitsplätzen aufgreifen wird, bleibt abzuwarten. Ob er sie dann auch durchsetzen kann, wird wesentlich von der öffentlichen Mobilisierung außerhalb des engen Spektrums der traditionellen Agrarlobby abhängen. Ohne eine solche Mobilisierung

steht der Kommissar auch mit den besten Absichten von vorneherein auf verlorenem Posten (22).

Anmerkungen

- (1) Pressemitteilung der BVE: Exportförderung muss langfristig angelegt sein, 17. Juni 2010.
- (2) Exportrekord für deutsches Schweinefleisch in 2008, Agrar Heute, 11. März 2010 (www.agrarheute.com).
- (3) Aho, Strukturwandel: Jeder sechste Schweinehalter gibt auf. 19. Dezember 2008 (www.animal-health-online.de).
- (4) Errechnet vom EED auf Grundlage der Daten von EUROSTAT und dem Agrarministerium der Elfenbeinküste.
- (5) Gemeinsame Pressemitteilung des BMZ und des BMELV vom 9. Juni 2010.
- (6) OECD: Agricultural Policies in OECD Countries at a Glance. 2010, S. 50.
- (7) European Parliament, Committee on Agriculture and Rural Development: Draft Report on the Future of the Common Agricultural Policy after 2013. Rapporteur: George Lyon, 24. März 2010, S. 5.
- (8) Agra Europe, 7. Juni 2010, EU-Nachrichten 23/10, S. 8.
- (9) OECD: Agrarpolitik in den OECD-Ländern: Monitoring und Evaluation 2009, S. 121.
- (10) Oxfam Deutschland: Hintergrundinfos EU-Milch-Politik. Oxfam 2009, S. 1.
- (11) Pressemitteilung von Oxfam-Deutschland: Oxfam kritisiert Diskussionsvorlage „Milch“ des Agrar-Rats, 12. Juli 2010.
- (12) Tobias Reichert: Von Milchseen und Schleuderpreisen. Die europäische Milchpolitik und ihre Folgen. Misereor. Aachen 2005.
- (13) Oxfam Deutschland: „Abgedrängt“: Niedrige Milchpreise treffen Ärmste am härtesten. Billigimporte von Magermilchpulver in Bangladesch. Oxfam 2010.
- (14) FAO: How to feed the World 2050. Global agriculture towards 2050. Hintergrundpapier zum High-Level Expert Forum am 12./13. Oktober 2009.
- (15) OECD/FAO Agrarausblick 2010, Kurzzusammenfassung, S. 2.
- (16) Forum Umwelt und Entwicklung: Positionspapier „Die Zeit ist reif für eine neue EU-Agrarpolitik: fair, umweltgerecht und global verantwortlich“, Juni 2010.
- (17) Agra Europe 24/10, 14. Juni 2010, EU-Nachrichten, S. 8.
- (18) BUND: Agrarsubventionen umverteilen – Vielfalt fördern. Berlin 2010.
- (19) „Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik“ – Gemeinsames Positionspapier von Verbänden aus Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Entwicklungspolitik, Verbraucherschutz und Tierschutz, April 2010, S. 14.
- (20) BUND (siehe Anm. 18), S. 4 f.
- (21) Europäischer Rechnungshof: Haben die Marktsteuerungsinstrumente für den Markt für Milch und Milcherzeugnisse ihre wichtigsten Ziele erreicht? Sonderbericht Nr. 14/2009, S. 8.
- (22) Eine erste Fassung dieses Beitrags ist erschienen in den Blättern für deutsche und internationale Politik 55 (2010), Heft 10, S. 78-86.

Autor

Armin Paasch
Referent für Welthandel und Ernährung
beim Bischöflichen Hilfswerk MISEREOR

Mozartstr. 9
52064 Aachen
E-Mail: armin.paasch@misereor.de

